

## Trägererklärung

### **Keine Kürzungen bei Demokratie-, Antidiskriminierungs- und Jugendarbeit!** **Prävention von Rechtsextremismus braucht stabile Strukturen!** **Präventionsarbeit in Berlin sichern – jetzt!**

Vor dem Hintergrund geplanter Kürzungen und angesichts wachsender Bedrohungen durch extrem rechte Strukturen richten wir uns mit Nachdruck an Politik und Öffentlichkeit.

Wir, die Träger kommunaler Koordinierungs- und Fachstellen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Berlin, stellen uns entschieden gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gleichzeitig arbeiten wir für eine solidarische, inklusive und demokratische Stadtgesellschaft. Unsere Projekte sind seit Jahrzehnten in den Bezirken verankert – mit Netzwerken, Vertrauen und Expertise. Dadurch verfügen wir über umfassendes Expert\*innenwissen zu Berliner Sozialräumen, deren Entwicklungen im Hinblick auf menschenfeindliche Einstellungen und extrem rechte Aktivitäten sowie zu bewährten Handlungskonzepten.

Mit großer Sorge beobachten wir das Erstarken extrem rechter Jugendkulturen. Organisationen wie „*Deutsche Jugend Voran*“ (DJV), „*Jung und Stark*“ (JS) und die „*Nationalrevolutionäre Jugend*“ (NRJ, Jugendorganisation der Partei „*Der III. Weg*“) rekrutieren junge Menschen, verbreiten menschenfeindliche Ideologien, üben Gewalt aus und dringen tief in jugendkulturelle Szenen ein. Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre – darunter wachsende Zustimmungswerte für die als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei *Alternative für Deutschland* (AfD), Wahlgewinne extrem rechter Parteien in Teilen Europas sowie das Aufkommen autoritärer Bewegungen weltweit – verstärken diese Tendenzen. Studien dokumentieren eine autoritärere Grundstimmung und eine Zunahme menschenverachtender Phänomene, wie LGBTIQ\*- und Queerfeindlichkeit.

In Berlin haben sich zahlreiche öffentliche Treffpunkte etabliert, an denen sich rechtsaffine und extrem rechte Jugendliche versammeln. An solchen Orten können sich teils 50–60 Jugendliche in einem jugendkulturellen Rahmen zusammenfinden. Politische Organisation findet u. a. durch das Anbringen von Aufklebern, Graffitis und ähnlichen Aktionen statt. Für viele Menschen werden diese Gebiete zunehmend zu No-Go-Areas.

**Gerade jetzt Kürzungen vorzunehmen, wäre fatal.**

Das in Berlin über Jahrzehnte aufgebaute Fachwissen, die Netzwerke und das Vertrauen dürfen nicht zerstört werden. Im Gegenteil: Bestehende Demokratie- und Antidiskriminierungsprojekte sowie die Jugendarbeit müssen gesichert und Fördermittel gezielt aufgestockt werden. Nur so können wir rechtsaffinen und extrem rechten Jugendstrukturen wirksam entgegenreten – auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Denn gerade rechtsaffine Jugendliche brauchen demokratische Angebote um ihnen andere Wege aufzuzeigen, bevor sich menschenverachtende Ideologien verfestigen. Prävention zahlt sich aus! Betroffene extrem rechter Gewalt benötigen wiederum Hilfsangebote. Vor allem niedrigschwellige Beratung ist hierbei von enormer Bedeutung. Betroffene haben Anrecht auf Unterstützung.

Unsere Koordinierungs- und Fachstellen arbeiten aktiv an einer demokratischen Stadtgesellschaft, in der ein solidarisches Miteinander gelebt wird. In Kooperation mit anderen Berliner Projekten der Demokratie- und Antidiskriminierungsarbeit leisten sie seit vielen Jahren unverzichtbare Arbeit für Demokratie, Menschenrechte und Solidarität. Diese Arbeit muss geschützt, gestärkt und politisch unabhängig fortgeführt werden.

*Berlin, September 2025*

Erstunterzeichner\*innen:

Fabrik Osloer Straße gGmbH  
*Bettina Pinzl*  
Geschäftsführung

offensiv'91 e.V.  
*Thomas Villmow*  
Geschäftsführung

pad gGmbH  
*Andreas Wächter*  
Geschäftsführung

Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH  
*Jenny Seeberger, Udo Reichling*  
Geschäftsführung

offensiv'91 e.V.  
Verein für soziale und kulturelle Dienste  
für Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche

